



## Steuerparadies bei G8: EU muss sich an US-Strategie messen lassen

Steuerparadies bei G8: EU muss sich an US-Strategie messen lassen  
Steuerklausur von Ikea und Co. stoppen, Konzernbesteuerung verschärfen  
Am heutigen Dienstag steht auf der Tagesordnung des G8-Gipfels in Nordirland das Thema Steuerparadies. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert endlich wirksame Maßnahmen gegen den Steuerbetrug im großen Stil. "Egal, was in Irland diskutiert wird, die EU wird sich messen lassen müssen an der konsequenten Strategie der USA, die mit dem Foreign Account Tax Compliance Act - kurz Fatca - alle Banken zwingen, Daten von US-Bürgern und Unternehmen offenzulegen", sagte Jutta Sundermann vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. "Die Regierungschefs müssen liefern. Worthülsen und lasche Kriterien wie bei der OECD-Liste der Steuerparadies 2009 verbieten sich angesichts der europäischen und weltweiten Finanz- und Verteilungskrise." Notwendig sei zudem ein neues Instrumentarium der Konzernbesteuerung. Die aktuellen Regeln würden einseitig transnational agierenden Konzernen nutzen und hinterließen ruinierte Staaten. "Konzerne wie Apple, Ikea, Google, Coca Cola Griechenland und Co. müssen endlich davon abgehalten werden, Gewinne über Steuerparadies wegzurechnen und damit Milliarden am Fiskus vorbei einzusacken", sagte Karl-Martin Hentschel von der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern. "Sie verschärfen damit die Krise in Europa und zerstören Entwicklungschancen in den ärmsten Ländern weltweit." Attac kritisierte, die internationalen Verhandlungen über Steuer- und Regulierungs-Paradies verliefen seit Jahren nach dem Motto "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus". Bundeskanzlerin Angela Merkel und der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück fänden scharfe Worte gegen Steuerparadies, sagten aber wenig zu deutschen Gesetzen, die Stiftungen und Trusts zu perfekten Steuerflucht-Instrumenten machen. Jutta Sundermann: "Und die USA handeln jetzt zwar entschlossen gegen andere Steuerdumpingländer, gehen aber nicht gegen global bedeutsame Regulierungsparadies im eigenen Land vor. Zu denen gehört etwa Delaware mit seinen extrem schwachen Regeln für Konzernniederlassungen." Mehr Informationen: [www.attac.de/steuerflucht](http://www.attac.de/steuerflucht) Attac-Kinospot zu Steuerflucht: <http://www.attac.de/aktuell/steuerflucht/kinospot-du-zahlst/> Für Rückfragen und Interviews: Karl-Martin Hentschel, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern, Tel. 0175 245 3711 Jutta Sundermann, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0175 866 6769  
Post: Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M  
Tel.: 069/900 281 -42 / -31  
Mail: [presse@attac.de](mailto:presse@attac.de), Fax: 069/900 281-99

### Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

[attac.de](http://attac.de)  
[presse@attac.de](mailto:presse@attac.de)

### Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

[attac.de](http://attac.de)  
[presse@attac.de](mailto:presse@attac.de)

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen - wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.